

SAMOS VOLUNTEERS PRESS RELEASE

1. Oktober 2020

COVID-19, BRÄNDE & ENTSETZLICHE LEBENSBEDINGUNGEN: ANTWORT VON SAMOS-FREIWILLIGEN AUF DEN NEUEN MIGRATIONSPAKT.

Am 15. September wurden die ersten Fälle von COVID-19 im Vathy Reception and Identification Centre (RIC) auf Samos gemeldet. (S) Diese Nachricht verursachte Angst und die anschließende Abriegelung der gesamten Einrichtung verschärfte die bestehenden Spannungen, die Frustration und die Hoffnungslosigkeit. Die Unruhen erreichten ihren Höhepunkt am selben Abend, als ein Feuer ausbrach. Am 20. September beschädigte ein weiteres Feuer drei Container in dem Bereich, in dem unbegleitete Minderjährige untergebracht sind. (S, S)

Zwei Wochen später ist die Gesamtzahl der bestätigten Fälle im RIC auf mindestens 76 angestiegen. Die Ausgangssperre wurde bis zum 12. Oktober verlängert. (S) Obwohl die Brände das RIC in Vathy weitgehend unversehrt ließen und seitdem keine Berichte über weitere Ausschreitungen vorliegen, sind die Spannungen spürbar. Die Situation ist alarmierend. Griechische Behörden haben Schwierigkeiten damit, die Ausbreitung des Virus im Camp unter Kontrolle zu bringen.

Schutzmaßnahmen wie häufiges Händewaschen und soziale Distanzierung sind in dem stark überfüllten Camp, das für 648 Personen konzipiert wurde, aber mehr als 4.500 Menschen beherbergt und in dem der Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen begrenzt ist, praktisch unmöglich. Experten haben immer wieder auf die bedauerlichen Zustände in den Camps hingewiesen (die bereits vor der Pandemie ein Problem für die öffentliche Gesundheit darstellten) und befürchteten, dass sich das Coronavirus unkontrolliert ausbreiten könnte, wenn es die Lager auf den Ägäischen Inseln erreicht. (S, S) Im März riefen verschiedene Akteure, darunter Ärzte ohne Grenzen, zur Evakuierung der Lager auf. (S).

Die Ratschläge von Experten blieben unbeachtet. Mit Ausnahme vermehrter Transfers, um die Zahl der Campbewohner*innen zu reduzieren, (die Bevölkerung sank von fast 8.000 auf 4.500 Einwohner) wurden nur wenige Maßnahmen ergriffen, um die Gesundheitsinfrastruktur des RIC zu verbessern und auf einen möglichen Ausbruch vorzubereiten.

Sechs Monate später gibt es nur 40 Quarantäneplätze für bestätigte COVID-19-Patienten. Die Fallzahlen nehmen jedoch täglich zu, und es gibt immer noch keinen konkreten medizinischen Notfallplan. Die Campbewohner*innen sind besonders gefährdet, da die unmenschlichen Lebensumstände, die gesundheitlichen Rahmenbedingungen und die traumatischen Erlebnisse der Vergangenheit die Widerstandsfähigkeit der Menschen stark beeinträchtigen. (S)

Nach den Bränden von Moria auf Lesbos verabschiedete die Europäische Kommission am 23. September den neuen Migrationspakt. Trotz der Gewährleistung von Kommissarin Ylva Johansson, dass es "no more Morias" geben würde, spiegelt der neue Pakt die eindeutig gescheiterte Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei wider: Abschreckung an der Grenze, schnellere Grenzverfahren, schnelle Abschiebungen, Eindämmung der Asylbewerber*innen und die Verantwortung für die Bearbeitung ihrer Asylanträge in den Grenzländern. "[Es ist] unwahrscheinlich, dass es funktioniert", sagt Judith Sutherland von Human Rights Watch Europe, "aber es ist sehr wahrscheinlich, dass es noch mehr Leid verursacht". (S)

Außerdem werden Asylsuchende die Auswirkungen frühestens 2023 sehen. Das bedeutet, dass die Politik, welche zu den Bedingungen geführt hat, für die nächsten drei Jahre in Kraft bleiben wird. Die Situation könnte sich sogar noch weiter verschlechtern, zum Beispiel durch die Verlegung von Asylsuchenden in geschlossene Lager, den weiteren Anstieg von COVID-19 und die Verlängerung der Ausgangssperre in den Camps.

In Vathy sind die gleichen Bedingungen zu beobachten, die zur Katastrophe in Moria geführt haben: Jahrelange menschenunwürdige Lebensbedingungen, das Zusammenwirken von bestehender Spannung und Frustration mit der Angst vor COVID-19, unzureichender Zugang zu medizinischer Versorgung und mangelnde Kommunikation der lokalen Behörden. Die Situation verschärft sich weiterhin, da die meisten Nichtregierungsorganisationen, die normalerweise psychosoziale Unterstützung, Bildung, medizinische und hygienische Versorgung, Rechtsberatung und Freizeitaktivitäten anbieten, sowie die Verteilung von Nahrungsmitteln, Kleidung und Zelten durchführen, schließen mussten. Es müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, bevor es zu spät ist.

Wir fordern daher die griechischen und europäischen Behörden auf, sich an die in der Richtlinie der Europäischen Kommission von 2013 über Aufnahmebedingungen festgelegten Richtlinien zu halten und die Lebensbedingungen in Aufnahmezentren in ganz Griechenland und Europa zu verbessern. Wir unterstützen die Forderung, die Lager auf den Ägäischen Inseln bereits jetzt in sichere Unterkünfte auf dem Festland oder in anderen EU-Ländern zu evakuieren.